

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Gerold Tholen
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Geschäftsführer WFG Jürgen Janßen

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Protokollführerin

Protokollführerin Bianka Götz

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 37

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 38

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Aktuelle Stunde
- 4.1 Ernennung zum stellvertretenden Ortsbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis - Mario Drusell
- 4.2 Ernennung zum Ortsbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis - Malte Schröder
- 4.3 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Walter Menßen
- 4.4 Antrag Ratsherr Janssen "Suche von Partnerstädten in Israel und dem Gazastreifen"
- 4.5 Antrag Ratsherr Tholen "Konjunktur-Programm 2 / Barrierefreie Schulen"
- 5.1.1 Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung
- 5.1.2 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2010 für kostenrechnende Einrichtungen
- 5.1.3 Entsendung von Vertretern in die Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
- 5.2.1 Bebauungsplan Nr. 166 / 1. Änderung - Südlich Groß Belt - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- 5.2.2 Bebauungsplan Nr. 134 / 1. Änderung - Westlich Käthe-Kollwitz-Schule - Entwurfsbeschluss
- 5.2.3 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen von Bebauungsplänen/Bebauungsplanänderungen/Flächennutzungsplanänderungen - Sammelbeschluss
- 5.2.4 Bebauungsplan Nr. 146 /1. Änderung - Deichbrücke / Jadestraße - Aufstellungsbeschluss
- 5.2.5 Bebauungsplan Nr. 15 / 2. Änderung - Altengroden Süd / Schubertring - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Entwurfsbeschluss
- 5.2.6 Stadtumbau West Jadeallee: Investoren- und Architektenauswahlverfahren für die "Wiesbadenbrücke"
- 5.2.7 Stadtumbau West Jadeallee: Satzungsbeschluss Sanierungssatzung Wiesbadenbrücke
- 5.3.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates
- 5.4.1 Verlängerung Zuwendungsvertrag Nationalparkzentrum
- 5.5.1 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan 2007-2013
- 6.1 Große Anfrage der FDP-Fraktion "Informationen über Lenkungsgruppen"
- 7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Tholen "Barrierefreier Wohnraum"
- 7.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Dioxinproben bei Schafen"
- 7.3 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Sachstand Beraterfirmen"
- 7.4 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Moderne Finanzierungsmöglichkeiten - Derivate"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

Im Anschluss rief der Ratsvorsitzende zu einer Schweigeminute zum Gedenken an die am 11.02.09 im Alter von 54 Jahren verstorbene ehemalige Ratsfrau Kirsten Trenne auf.

Herr Schmidt teilte im Weiteren mit, dass Ratsherr Peter Müller seit dem 22.01.2009 keiner politischen Partei mehr angehöre. Er sei der Bürgerbewegung Pro Deutschland beigetreten und werde als parteiloses Ratsmitglied deren Interessen im Rat vertreten.

3 Aktuelle Stunde

Herr Dr. von Teichman begründete zunächst den Antrag der FDP-Fraktion auf Einberufung einer aktuellen Stunde zum Thema „Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven WFG“. Ausschlaggebend sei die noch immer bestehende Vakanz in der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven WFG GmbH. Er bedauerte, dass Herr Dr. Meyer seinen Dienst nicht angetreten habe, noch bedauerlicher sei aber, dass bislang kein Nachfolger aus dem Kreis der Bewerber der erfolgten Ausschreibung gesucht, sondern lediglich ein Interimsgeschäftsführer eingesetzt worden sei. Dem Haushaltsplan könne man entnehmen, dass das beim Oberbürgermeister angesiedelte Referat 03 in Zukunft eine noch stärkere Stellung als bisher erhalten solle, indem erhebliche Finanzmittel von der Wirtschaftsförderung dorthin übertragen würden. Dies halte seine Fraktion insgesamt für eine äußerst schlechte Entwicklung. Eine Stadt wie Wilhelmshaven benötige eine dynamische und gut ausgebaute Wirtschaftsförderung. Darüber sei man sich auch im Rat einig gewesen und so fordere seine Fraktion, den Posten des Geschäftsführers unverzüglich hauptamtlich zu besetzen. Er erwarte hierzu die Stellungnahmen der Fraktionen.

Herr Prof. Reuter stellte für den Aufsichtsrat der WFG fest, dass man sich keineswegs von der Suche nach einem hauptamtlichen Geschäftsführer verabschiedet habe. Die Entscheidung über die dauerhafte Besetzung der Geschäftsführung werde lediglich bis zum Abschluss der Kooperationsverhandlungen zwischen dem Land Niedersachsen, den Landkreisen und der Stadt in Sachen Logistics Zone GmbH ausgesetzt. Ziel sei eine vernünftige Synthese zwischen den zahlreichen unterschiedlichen Schnittstellen der lokalen und regionalen Wirtschaftsförderungseinheiten. Man strebe hier an, personelle Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Bereits in Kürze werde es einen hauptamtlichen Geschäftsführer geben.

Herr Neumann pflichtete den Ausführungen von Herrn Prof. Reuter bei und ergänzte, dass es keinen Zweifel daran gebe, dass jeder in der Stadt an einer starken Wirtschaftsförderungsgesellschaft interessiert sei. Er halte es aber angesichts der aktuellen Neuerungen für falsch, voreilig Entscheidungen zu treffen, ohne den Ausgang der Verhandlungen zu kennen.

Im Übrigen zeigte er sich über die scheinbar mangelnde Kommunikation zwischen der FDP-Fraktion und dem FDP-Mitglied im WFG-Aufsichtsrat verwundert, da die Aufsichtsratsmitglieder doch alle notwendigen Informationen erhalten hätten.

Herr Dr. von Teichman gab zu verstehen, dass, sollte es nun doch zu einer kurzfristigen Wiederbesetzung der Geschäftsführerposition kommen, seine Fraktion dies selbstverständlich begrüßen würde. Allerdings habe der Oberbürgermeister in der Zeitung mitgeteilt, dass es ihm durchaus recht wäre, wenn der Interimsgeschäftsführer auf Dauer installiert würde. Seine Fraktion erwarte eine kurzfristige Entscheidung in der Angelegenheit. Im Übrigen habe seine Fraktion bereits im Vorfeld der Installierung des Überregionalen Standortmanagements eine Koordinierung gefordert. Auch die personelle Verknüpfung von Logistics Zone und Überregionalem Standortmanagement sei ein Vorschlag der FDP-Fraktion gewesen. Diese Pläne entheben die Stadt jedoch nicht von der Notwendigkeit, einen hauptamtlichen Geschäftsführer in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft schnellstmöglich einzusetzen.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, dass er keinesfalls gesagt habe, dass der Interimgeschäftsführer auf Dauer installiert werden solle. Er habe lediglich geäußert, dass dies eine Möglichkeit bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen sei und diese müssten in Gesprächen, die in den nächsten Wochen geführt würden, abgeklärt werden. Mit dem Staatssekretär im Nds. Wirtschaftsministerium sei man übereingekommen, dass man möglicherweise gemeinsam personelle Ressourcen, die aus der JadeWeserPort Logistic GmbH abzuleiten sind, nutzen könne. Der Staatssekretär habe die weitreichende Unterstützung des Landes in dieser Hinsicht angeboten.

Der **Ratsvorsitzende Schmidt** stellte abschließend fest, dass die Weichen für die Wirtschaftsförderung im Aufsichtsrat gestellt worden seien und beendete die Aktuelle Stunde.

4 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

4.1 Ernennung zum stellvertretenden Ortsbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis - Mario Drusell (Vorl.-Nr. 12/2009)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Mario Drusell ist gem. § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2009 bis zum 31.03.2015 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neuengroden im Ehrenbeamtenverhältnis zu ernennen.

4.2 Ernennung zum Ortsbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis - Malte Schröder (Vorl.-Nr. 13/2009)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Malte Schröder ist gem. § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2009 bis zum 31.03.2015 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neuengroden im Ehrenbeamtenverhältnis zu ernennen.

4.3 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Walter Menßen (Vorl.-Nr. 14/2009)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der stellvertretende Stadtbrandmeister, Herr Walter Menßen, wird mit Ablauf des 31.03.2009 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

4.4 Antrag Ratsherr Janssen "Suche von Partnerstädten in Israel und dem Gazastreifen"

Herr Janssen trug seinen Antrag vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine geeignete Partnerstadt jeweils in Gazastreifen und in Israel zu suchen, zwecks Aufnahme je einer Städtepartnerschaft. (Falls ein Kontakt zu einer Stadt im Gaza scheitern sollte, soll zu einer palästinensischen Stadt im Westjordanland Kontakt aufgenommen werden.) Ich bitte um Zustimmung.“

Begründung: Städtepartnerschaften haben nach dem 2. Weltkrieg erheblich zur Völkerverständigung beigetragen. Mit Kontakten zu einer palästinensischen und israelischen Stadt könnte Wilhelmshaven einen kleinen Beitrag zum Frieden in diesem Teil der Welt leisten. Von z.B. zeitgleichen Treffen palästinensischer, israelischer und deutscher Bürger würden alle Beteiligten mit Sicherheit profitieren. An den Kosten dürfte dieses Vorhaben nicht scheitern müssen, denn ich denke, es gibt genug Bürger in Wilhelmshaven, die helfen würden, es zu realisieren.“

Frau Aljets gab zu bedenken, dass die Probleme zwischen Juden und Palästinensern viel tiefer liegen und mit dem Eingehen einer Städtepartnerschaft sicherlich nicht beendet würden. Sie machte darauf aufmerksam, dass es in einem weit weniger schwierigen Verhältnis zwischen den Bewohnern der polnischen Stadt Bydgoszcz und den ehemaligen deutschen Brombergern fast 15 Jahre gedauert habe, ehe 2006 der Partnerschaftsvertrag unterzeichnet werden konnte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen können. Sollte der Rat jedoch eine positive Entscheidung treffen, dann empfehle sie die Aufnahme von Kontakten mit der Hafenstadt Haifa und der israelisch-arabischen Stadt Akkum.

Ergänzend zu den Ausführungen zu Frau Aljets teilte **Frau Bauermeister** mit, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag kritisch sehe. Wilhelmshaven habe bereits vier Städtepartnerschaften, zwei Städtefreundschaften und eine Hafenkooperation, die es gelte mit Leben zu erfüllen. Ihre Fraktion werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Biehl erklärte, dass seine Fraktion sich mit dem Antrag schwer getan habe, da man sich bei einer Ablehnung automatisch gegen die Völkerverständigung stelle. Andererseits habe er sich als verantwortlicher Lehrer für den Schüleraustausch an der IGS die Frage gestellt, wer die Verantwortung dafür übernehmen wolle, Kinder in eine Krisenregion zu schicken. Gerade der Austausch sei aber das, was eine Partnerschaft ausmacht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halte die Fraktion der Grünen aber Reisen nach Palästina und Israel für zu unsicher. Sollten in der Zukunft Kontakte entstehen, dann wäre dies der richtige Zeitpunkt für einen neuen Antrag.

Herr Adam wies daraufhin, dass seiner Meinung nach Aufgabe einer Städtepartnerschaft sei, Menschen - und damit meine er nicht nur junge Menschen – Gelegenheit zu geben, persönliche Kontakte zu knüpfen. Unter den gegebenen Umständen halte er den Antrag für nicht erfüllbar.

Oberbürgermeister Menzel ergänzte, dass sich alle Wilhelmshavener Städtepartnerschaften dadurch auszeichneten, dass ihnen langjährige Begegnungen vorausgingen. Bevor eine Partnerschaft eingegangen werde, müssten die bestehenden Beziehungen wachsen und sich entwickeln.

Herr Janssen bedauerte die ablehnende Haltung der Fraktionen.

Für den Antrag stimmte lediglich Ratsherr Janssen, alle anderen sprachen sich gegen den Antrag aus. Er wurde damit abgelehnt.

4.5 Antrag Ratsherr Tholen "Konjunktur-Programm 2 / Barrierefreie Schulen"

Herr Tholen verlas seinen Antrag:

„Ich beantrage, dass Schulen, die Mittel aus diesem Programm zur Sanierung ihrer Gebäude erhalten, die bauliche Barrierefreiheit umsetzen.

Begründung:

Deutschland hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für sich gültig erklärt und diese unterzeichnet. Sie hat sich verpflichtet, die Grundsätze dieser Konvention für Deutschland umzusetzen. Ich weiß sehr wohl, dass dieses nicht überall und sofort umgesetzt werden kann, aber dieses Konjunktur-Programm versetzt uns in die Lage, ein Zeichen zu setzen, dass die Ernsthaftigkeit des Bemühens besteht.

Durch meine Tätigkeit als Landessprecher der „Landesarbeitsgemeinschaft selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen“ in der Partei „Die Linke“ habe ich Kontakte und Informationen aus vielen Behinderten-Organisationen, aber auch von Fachgruppen anderer Parteien: Ich habe festgestellt, dass wir eine gemeinsame Sprache haben: Wir (und hier spreche ich als Betroffener) wollen ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sein. Wir wollen nicht in einer Nebenwelt leben und einfach betreut und versorgt werden. Wir wollen selbstbestimmt unser Leben gestalten und dazu gehört auch die Inklusion an den Schulen. Ein Gesetzesentwurf der Landes-Grünen liegt dem Landtag in Niedersachsen vor (Sie waren schneller als unsere LAG bei gleichem Ergebnis). Die Barrierefreiheit beginnt zuerst in den Köpfen! Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.“

In Vertretung für Stadtrat Dr. Graul erklärte **Stadtbaurat Kottek**, dass dieser bereits in der Ratssitzung am 25.06.2008 die Kleine Anfrage des Ratsherrn Tholen ausführlich beantwortet habe. Der Schulträger Stadt Wilhelmshaven halte in allen Regelschulen die Vorgaben des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes ein und nehme in Einzelfällen die behindertengerechte Ausstattung (Teppichboden, Lesehilfe, Spezialtische und Stühle etc.) vor. Nur SchülerInnen mit besonderen Behinderungen würden in eigens dafür ausgestatteten Schulen außerhalb von Wilhelmshaven beschult. Die Organisation der Schülerbeförderung sowie die Kostenübernahme regele der Schulträger. Darüber hinaus führten die Grundschule Hafenschule und die Hauptschule Nogatstraße einen Schulzweig für Integration und Körperbehinderung und seien speziell barrierefrei ausgestattet. Es bestehe somit

kein Anlass für die Stadt Wilhelmshaven für besondere Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit.

In Bezug auf das Konjunkturpaket ergeben sich keine neuen Gesichtspunkte hinsichtlich der Ausstattung der Schulen. Er verweise auf die früheren Ausführungen von Herrn Leinert an Herrn Hoff.

Herr Möhle erinnerte daran, dass Anträge dieser Art zunächst in den Fachausschüssen diskutiert werden sollten und bat daher, den Antrag zur Beratung in den Schulausschuss zu verweisen.

Herr Tholen verdeutlichte am Beispiel des nicht vorhandenen Fahrstuhls in der Grundschule Rheinstraße das Ausmaß der Problematik „Barrierefreie Schulen“.

Frau Aljets erklärte, dass das Thema Inklusion ein wichtiges Anliegen sei, worüber aber zunächst im Fachausschuss diskutiert werden sollte, da der Rat fachlich überfordert sei. Dies bedeute aber nicht, dass die SPD-Fraktion dem Antrag negativ gegenüber stehe.

Herr Möhle ergänzte, dass die Beschulung Körperbehinderter Angelegenheit der Schule sei und die Stadt keinen Einfluss auf die Entscheidung der Schule habe.

Herr Biehl hielt es für richtig, die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II bei der Sanierung der Schulen einzusetzen. Aus diesem Grund werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag unterstützen.

Herr Tjaden ergänzte Herrn Biehls Ausführungen dahingehend, dass der Antrag so allgemein gehalten sei, dass der Rat heute durchaus über den Antrag positiv beschließen könne. Aufgabe des Schulausschusses sei dann, über die einzelnen Baumaßnahmen zu entscheiden.

Herr Tholen drängte auf eine sofortige Umsetzung, da anderenfalls die Gefahr bestehe, dass nicht mehr genügend Mittel aus dem Konjunkturprogramm zur Verfügung stünden.

Herr Dr. von Teichman machte deutlich, dass seine Fraktion dem Antrag skeptisch gegenüberstehe, da die Herstellung der Barrierefreiheit allein nicht ausreichend sei, vielmehr müsse auch eine umfassende Betreuung gewährleistet sein. Im Übrigen würde das Programm auch noch im nächsten Jahr Gelder bereitstellen.

Herr Tjaden bedauerte, dass der Antrag wohl keine Zustimmung im Rat finde werde.

Der Antrag wurde bei 1 Gegenstimme (Ratsherr Tholen) zur Beratung in den Schulausschuss verwiesen.

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

5.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

5.1.1 Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung (Vorl.-Nr. 7/2009)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstausfalls für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen (**Entschädigungssatzung**) laut Anlage.

5.1.2 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2010 für kostenrechnende Einrichtungen (Vorl.-Nr. 24/2009)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum **Haushalt 2010** auf 5,5 % (bisher 5,5 %) fest.

5.1.3 Entsendung von Vertretern in die Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (Vorl.-Nr. 29/2009)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet die folgenden 2 Vertreter in die Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH:

SPD-Fraktion
Christine Will

CDU-Fraktion
Fritz Langen

Als Vertreter werden benannt:

SPD-Fraktion
Hans Hartmann

CDU-Fraktion
Prof. Günter Reuter

Die Entsendung erfolgt vorbehaltlich der Gründung der Gesellschaft am 18.02.2009, 10 Uhr, sowie der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister.

5.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

5.2.1 Bebauungsplan Nr. 166 / 1. Änderung - Südlich Groß Belt - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 1/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Herr Tjaden bat um Auskunft, ob das Unternehmen, für welches die B'planänderung gelte, noch immer Erweiterungspläne habe.

Herr Kottek teilte mit, dass der Planungsbehörde nichts anderes bekannt sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Bebauungsplans Nr. 166/ 1. Änderung - Südlich Groß Belt - aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB als Satzung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblätter) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung in der Fassung vom 19.12.2008 mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigelegt.

5.2.2 Bebauungsplan Nr. 134 / 1. Änderung - Westlich Käthe-Kollwitz-Schule - Entwurfsbeschluss (Vorl.-Nr. 19/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Herr Tjaden machte deutlich, dass die Zustimmung der Gruppe BASU/Tholen nur unter der Bedingung erfolge, dass vor dem Bau von „Kaufland“ zunächst der Abriss des ehemaligen „Plaza Domus“-Gebäudes an der Mitscherlichstraße erfolge.

Der Ratsvorsitzende übergab die Sitzungsleitung an Ratsherrn Rech.

Herr Schmidt machte deutlich, dass über das ausstehende Verkehrskonzept für den Bereich Kaufland schnellstmöglich entschieden werden müsse, denn der

Hauptverkehr werde zwar über die Friedenstraße kommen, ein Großteil des Verkehrs aber auch über den Neuengrodener Weg. Hier dürfe kein Verkehrschaos entstehen. Das Bauvorhaben bedeute eine Ergänzung für die Versorgungssituation in der Gänze. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage daher zustimmen.

Herr Hellwig vermisste ebenfalls ein Verkehrskonzept für den Bereich und begründete die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion zudem mit den negativen Folgen für die Innenstadt. Er verwies auf die Äußerungen in früheren Ratssitzungen wie auch im Bauschuss.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes Bebauungsplan Nr. 134 / 1 Änderung - Westlich Käthe-Kolwitz-Schule - Entwurfsbeschluss zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.2.3 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen von Bebauungsplänen/Bebauungsplanänderungen/Flächennutzungsplanänderungen Sammelbeschluss
(Vorl.-Nr. 20/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 ff des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 55; des Bebauungsplanes Nr. 204, Nr. 215; der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. Vorlage. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.2.4 Bebauungsplan Nr. 146 / 1. Änderung - Deichbrücke / Jadestraße - Aufstellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 21/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Die Tagesordnungspunkte 5.2.4, 5.2.6 und 5.2.7 wurden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

Nachdem **Herr Schmidt** die Sitzungsleitung an Herrn Rech übergeben hatte, führte er aus, dass mit dem Bebauungsplan attraktives Wohnen am Wasser verwirklicht und endlich eine städtebauliche Lücke geschlossen werden soll. Die Jadeallee solle zur Prachtstraße der Stadt werden. Um den Verdacht der „Kungelei“ von vornherein auszuschließen, werde es einen EU-weiten Architekten- und Investorenwettbewerb geben.

Oberbürgermeister Menzel sprach von einer Erweiterung der Innenstadt an das Wasser. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass auch das Pumpwerk einen Blickfang zur neugestalteten Jadeallee brauche. Er könne sich eine Verlegung des Eingangsbereiches zum jetzigen Parkplatz vorstellen, die mit Mitteln aus dem Konjunkturbereich II der Bundesregierung finanziert würden. Mit dem heutigen Beschluss können sich endlich Investoren einbringen.

Herr Tjaden erklärte, dass ihm ein aktuelles Urteil vorliege, wonach eine EU-weite Ausschreibung nicht mehr zwingend erforderlich sei. Er machte auf die Problematik aufmerksam, dass die Linde AG einen langjährigen Pachtvertrag für die Wiesbadenbrücke besitze und doch wohl niemand das Unternehmen vertreiben wolle.

Sowohl **Oberbürgermeister Menzel** als auch **Herr Kottek** betonten, dass es hier eine Lösung geben werde, die auch von der Linde AG und der zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) getragen würde. Forderungen der Linde AG seien als Kostenfaktor zudem Bestandteil der Bedingungen für den Architekten- und Investorenwettbewerb. Man bitte jedoch von einer öffentlichen Diskussion abzusehen, da es sich bei den aktuellen Vertragsverhandlungen um ein sensibles Thema handle.

Auf Nachfrage von **Herr Tjaden** erläuterte **Herr Kottek** die entsprechende Sanierungssatzung. Das beauftragte Büro sei fachlich versiert, so dass man sicher sein könne, dass der eingeschlagene Weg rechtlich in Ordnung sei.

Herr Rech führte aus, dass nach Vorstellung seiner Fraktion ein sowohl optimales wie auch realistisches Ausschreibungsverfahren gefunden werden müsse, um dieses für die Stadt wichtige Bauvorhaben beginnen zu können. Deshalb müsse man bei der Festlegung der Modalitäten auch die Machbarkeit überprüfen.

Herr Tjaden erklärte, dass die Gruppe BASU/Tholen auf einen zügigen Baubeginn hoffe, sich aber bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr Hellwig begrüßte die Planungen in dem Bereich Wiesbadenbrücke generell, da hier ein wichtiger Teil der Stadt endlich einer vernünftigen Nutzung zukomme. Er sehe jedoch ein Problem im Verkehrskonzept, welches seiner Meinung nicht hinreichend betrachtet worden sei.

Beschluss: -einstimmig bei 1 Enthaltung (Ratsherr Tjaden) zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 146, 1. Änderung - Deichbrücke / Jadestraße - gem. Vorlage. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.2.5 Bebauungsplan Nr. 15 / 2. Änderung - Altengroden Süd / Schubertring - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Entwurfsbeschluss (Vorl.-Nr. 22/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes Bebauungsplan Nr. 15 / 2. Änderung - Altengroden Süd / Schubertring - (mit Örtlicher Bauvorschrift) zu und beschließt, ihn (mit Örtlicher Bauvorschrift) einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.2.6 Stadtumbau West Jadeallee: Investoren- und Architektenauswahlverfahren für die "Wiesbadenbrücke" (Vorl.-Nr. 25/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Durchführung eines gemeinsamen Architekten- und Investorenwettbewerbs gemäß den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2008) durch die Stadt Wilhelmshaven und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für den Bereich der Wiesbadenbrücke wird zugestimmt. Die Stadt Wilhelmshaven beabsichtigt, sich an den förderungsfähigen Wettbewerbskosten mit bis zu 50% zu beteiligen.

5.2.7 Stadtumbau West Jadeallee : Satzungsbeschluss Sanierungssatzung Wiesbadenbrücke (Vorl.-Nr. 26/2009)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 142 des Baugesetzbuches und §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z. Z. geltenden Fassungen die Sanierungssatzung Wiesbadenbrücke gem. Vorlage. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.3 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsfrau Aljets)

5.3.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates (Vorl.-Nr. 4/2009)

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.01.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat 1982 die Zusammensetzung des Behindertenbeirates festgelegt. Damals sollte für die Kriegsofferverbände (die Kriegsofferverbände sind inzwischen im Sozialverband Deutschland und im Sozialverband VdK aufgegangen) ein Vertreter berufen werden.

Auf Anregung des Behindertenbeirates wird vorgeschlagen, für die Sozialverbände nun je ein Vertreter des Sozialverbandes Deutschland und ein Vertreter vom Sozialverband VdK in den Beirat zu berufen.

5.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsherr Tjaden)

5.4.1 Verlängerung Zuwendungsvertrag Nationalparkzentrum (Vorl.-Nr. 3/2009)

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.02.2009 vor. Wegen der Kurzfristigkeit des Angebotes und um damit die Planungssicherheit der Stadt für den Betrieb des

Wattenmeerhauses zu verlängern, sei der Vertrag zur Laufzeitverlängerung des Zuwendungsvertrages am 22.12.2008 vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Rates durch den Oberbürgermeister unterschrieben worden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Vertrag zur Verlängerung der Laufzeit des Vertrages mit dem Land Niedersachsen – Nationalparkverwaltung – über die jährliche Zuwendung des Landes zum laufenden Betrieb des Nationalparkzentrums Wilhelmshaven „Das Wattenmeerhaus“ nachträglich zu.

5.5 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)

5.5.1 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan 2007-2013 (Vorl.-Nr. 9/2009)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 05.02.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt nachfolgende Einzelbeschlüsse:

1. Zum Schuljahr 2009/10 wird die GS Neuengroden aufgehoben.
2. Zum Schuljahr 2009/10 wird die GS Neuende aufgehoben.

6 Große Anfragen

6.1 Große Anfrage der FDP-Fraktion "Informationen über Lenkungsgruppen"

Herr Dr. von Teichman trug folgende Große Anfrage vor:

„Neben den üblichen Verwaltungsstrukturen der Stadt Wilhelmshaven, die allgemein bekannt sind und einer relativen Kontrolle durch den Rat unterliegen, gibt es offenbar noch weitere Institutionen, z.B. die sog. Lenkungsgruppe(n). Da über diese Einrichtungen in den in der NGO vorgesehenen Kontrollgremien bisher offenbar nicht berichtet wird und ihre Existenz eher durch einen Zufall offenbar

wurde, stellen wir folgende Fragen:

1. Wie viele Lenkungsgruppen gibt es im Rahmen der Stadtverwaltung und des „Konzerns“ Stadt?
2. Seit wann existieren sie und wer hat sie institutionalisiert?
3. Wo und wann haben Sie über ihre Existenz den gewählten Gremien (Rat, VA, Ratsausschüsse, Kontrollgremien der Beteiligungen) berichtet?
4. Welche Aufgaben haben/hat die Lenkungsgruppe(n)?
5. Aus welchen Personen setzt sich die Lenkungsgruppe, die - soweit wir wissen - u.a. für Ansiedlungsfragen zuständig ist, zusammen?

Die folgenden Fragen beziehen sich in erster Linie auf diese Lenkungsgruppe

6. Wer hat diese Personen berufen, und wie ist ihre Qualifikation festgestellt worden?

7. Die dort tätigen Personen gehören zum Teil nicht der Verwaltung an, tragen somit keine kontrollierbare Verantwortung.
 - a) Warum bedarf es dieser Personen und weshalb kann der Informationsbedarf nicht aus der eigenen Verwaltung gedeckt werden?
 - b) Welche Themen werden von diesen Personen bearbeitet, die nicht auch innerhalb der bekannten Verwaltungsstrukturen bearbeitet werden könnten?
 - c) Welche Rolle spielt dabei insbesondere die Firma Dr. Paul G. Jansen GmbH aus Köln?
8. Wie oft bzw. in welchen Abständen tagt die Lenkungsgruppe/hat in den letzten Jahren getagt?
9. Welche Kosten sind bisher durch die Tätigkeit dieser Lenkungsgruppe entstanden
 - a) durch Reisen an Orte außerhalb Wilhelmshavens?
 - b) durch Honorare, die an Mitwirkende der Lenkungsgruppe einschließlich der genannten Firma Jansen, Köln, geflossen sind?
 - c) durch die weitere Tätigkeit der Lenkungsgruppe (weitere Spesen, Gutachtenbeauftragungen, Materialien etc.)?
10. Aus welchem Etat sind die bisherigen Aktivitäten dieser Lenkungsgruppe bezahlt worden? Wie ist die Gesamtsumme jeweils für die letzten 3 bis 5 Jahre?
11. Welche Ergebnisse hat diese Lenkungsgruppe in den letzten 3 bis 5 Jahren erbracht. Wir bitten hier um detaillierte Darstellung einzelner Projekte /Maßnahmen /Aufgaben.
12. Wo und wann haben Sie die oben genannten Arbeitsergebnisse dieser Lenkungsgruppe in die Entscheidungsstrukturen der Stadt einfließen lassen? Wir bitten hier um konkrete Benennung von Entscheidungen/Vorlagen des Rates und seiner Gremien.
13. An welcher Stelle ist insbesondere die Beratungstätigkeit der Firma Dr. Jansen, Köln, in konkrete Beschlussvorlagen/Gutachten/Ratsentscheidungen eingeflossen?
14. Wie gedenken Sie in Zukunft den Rat und seine Gremien über die Aktivitäten der Lenkungsgruppe zu informieren?
15. Halten Sie es auch in der Zukunft für erforderlich, derartige (Beratungs-) Gremien außerhalb der Kontrollmöglichkeiten des Rates zu beschäftigen?
16. Halten Sie es auch in der Zukunft für erforderlich, die von Ihnen oben genannten Summen im Anbetracht der äußerst angespannten Haushaltslage, für diese Lenkungsgruppe auszugeben und wie begründen Sie dies ggf.?
17. Sind Sie in der Zukunft bereit, die notwendige Transparenz in das Verwaltungshandeln zu bringen und die Einheitlichkeit der Verwaltung wieder herzustellen?“

Oberbürgermeister Menzel beantwortete die Fragen wie folgt:

„Meine Damen und Herren, Herr Dr. von Teichman, bevor ich detailliert auf die Fragen, die Sie gestellt haben, eingehe, erlauben Sie mir einige allgemeine Vorbemerkungen in der Sache. Ihre insgesamt 21 Fragen durchzieht ein Ansatz, der bedeutet: Mit der Bildung von Lenkungsgruppen, speziell einer Lenkungsgruppe, versuchen handelnde Personen der Stadtverwaltung, etwas zu verheimlichen, an der Politik vorbeizuführen, Ihnen wird das Hintergehen politischer Organe vorgeworfen. Die Fragen selbst hinterlassen den Eindruck, es sei entgegen gesetzlicher Bestimmungen gehandelt worden, es seien bestimmte Firmen begünstigt worden, die Tätigkeit der Lenkungsgruppe vollziehe sich in einem Dunstkreis von Geheimhaltung, von Abschottung, von ungesetzlichem Handeln. Nichts, aber auch nichts davon trifft zu. Da es in der FDP noch wahre Liberale gibt, bin ich seit 2 Wochen im Besitz eines Papierses,

überschrieben mit Newsletter Nr. 1/09, Inhalt: Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven (WFG) – ein Possenspiel in zahlreichen Akten.

Das, was und wie sich in diesem Papier geäußert wird, ist leider ein Trauerspiel, das Sie sich und der FDP vorhalten lassen müssen, Herr Dr. von Teichman. Ich bedaure diese Art des Umgangs mit dem Thema Wirtschaftsförderungsgesellschaft und mit den für diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft handelnden Menschen außerordentlich.

Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Lenkungsgruppen sind Instrumente projektbezogenen Handelns in der Wirtschaft, in der Verwaltung. Lenkungsgruppen sammeln Informationen, bewerten diese, wägen ab, koordinieren Großprojekte, die Ergebnisse werden, wie ich Ihnen in der Beantwortung Ihrer Fragen aufzeigen werde, in Beschlussvorschläge, in Ausschuss- und Ratsvorlagen eingearbeitet und finden ihre abschließende Behandlung in politischer Abstimmung im Rat der Stadt Wilhelmshaven. Lenkungsgruppen sind also keine heimlichen Entscheidungsgremien, sie bereiten Entscheidungen vor, und gerade bei der Komplexität der großen Projekte, vor denen wir in Wilhelmshaven stehen, hat sich die Bündelung, die Koordination der hier zu behandelnden Fragen seit nunmehr 9 Jahren als richtig herausgestellt.

Antwort zu Frage 1:

Wir haben nachgeforscht, haben noch einmal im Bereich der Kernverwaltung, der Eigenbetriebe, der städtischen Beteiligungen und Gesellschaften nachgefragt und geben folgende Antwort:

Es bestehen drei Lenkungsgruppen im Bereich der Stadtverwaltung und des Konzerns Stadt, dabei handelt es sich

1. um die Lenkungsgruppe Großindustrie, vormals Lenkungsgruppe JadeWeserPort,
2. um die Lenkungsgruppe Kraftwärmekopplung,
3. um die Lenkungsgruppe Regionales Übergangsmanagement Wilhelmshaven/Friesland, die in der VHS und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH existiert.

Antwort zu Frage Nr. 2:

Die Lenkungsgruppe Großindustrie wurde im April 2000 durch Herrn Oberstadtdirektor Schreiber als Arbeitsgruppe JadeWeserPort/Stadt eingerichtet zur Koordination der projektbezogenen städtischen Belange. Ab Dezember 2003 wurde sie fortgeführt als Lenkungsgruppe „JadeWeserPort“, später als Lenkungsgruppe Großindustrie unter meiner Leitung.

Die Lenkungsgruppe Kraft-Wärme-Kopplung wurde von mir im Herbst 2008 eingesetzt.

Die Lenkungsgruppe Regionales Übergangsmanagement Wilhelmshaven/Friesland existiert seit Oktober 2008, sie wurde institutionalisiert von der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland.

Antwort zu Frage 3:

Ob über die Existenz der Lenkungsgruppe Großindustrie (vormals JadeWeserPort) bis zum 31. Dezember 2002 in Gremien berichtet wurde, ist mir nicht bekannt. Nach dem 01.01.2003 gibt es meines Wissens keine Vorlage, in denen Gremien über die Existenz der Lenkungsgruppe berichtet wurde. Ich habe allerdings in Gremien, auch in veröffentlichten Berichten, immer wieder von der Lenkungsgruppe JadeWeserPort bzw. Lenkungsgruppe Großindustrie gesprochen und aus ihrer Existenz auch kein Geheimnis gemacht. Wie ich Ihnen unter Frage 2 erläutert habe, bereitet diese Lenkungsgruppe Entscheidungen vor, sie gehört

damit zum Geschäft der laufenden Verwaltung.

Über die Bildung der Lenkungsgruppe Kraft-Wärme-Kopplung wurde im Aufsichtsrat der WFG berichtet, die Lenkungsgruppe Regionales Übergangsmanagement Wilhelmshaven/Friesland wurde als Projekt in der Schulausschusssitzung am 6. November 2008 vorgestellt.

Antwort zu Frage 4:

Die Lenkungsgruppe Großindustrie, vormals Lenkungsgruppe JadeWeserPort, nimmt die städtischen Interessen im Zusammenhang mit den Investitionsvorhaben der Großindustrie wahr. Sie koordiniert alle Vorhaben im Hinblick auf die möglichst komplette Besiedlung der Grodenflächen mit dem Ziel größtmöglicher Wertschöpfung, dies ist auch die Tendenz des vom Rat beschlossenen Strukturkonzeptes 2004.

Zur Lenkungsgruppe Kraft-Wärme-Kopplung ist zu sagen, dass die Kraftwerksbetreiber von der Genehmigungsbehörde aufgefordert wurden, Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung zu untersuchen. Die Stadt hat sich bereits Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts mit dem Thema beschäftigt und in der so genannten GUIK-Studie (Generaluntersuchung zur Prüfung der Niedertemperatur-Wärmebedarfsdeckung in Wilhelmshaven) Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung untersucht. Der Rat der Stadt hat im Zusammenhang mit den neuen Kraftwerksprojekten die Überprüfung der damaligen Aussagen beschlossen. In der Lenkungsgruppe vertreten sind das Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen, die Betreiber der Kraftwerke, die Stadt unter Führung meiner Person. Die Initiative zur Untersuchung der Kraft-Wärme-Kopplungs-Möglichkeiten wird unterstützt vom Bundesumweltministerium. Die Lenkungsgruppe Kraft-Wärme-Kopplung ist zwar benannt, hat aber bisher noch nicht getagt, da die erste vorgesehene Sitzung am 23. Januar aufgrund einer Erkrankung einer beteiligten Person abgesagt werden musste.

Bei der **Beantwortung der Frage 5** unterstelle ich, dass hier ausschließlich die Lenkungsgruppe Großindustrie gemeint ist. Diese setzt sich zusammen aus folgenden Personen:

Dem Verwaltungsvorstand, d. h. Herrn Ersten Stadtrat Stoffers, Herrn Stadtkämmerer Hoff, Herrn Stadtrat Dr. Gaul, Herrn Stadtbaurat Kottek und mir sowie den Herren Englisch, Bauordnung, Leinert, Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven, Kohlwes, Umweltamt, Preuß, Kommunikation und Koordination, Grimminger, Koordinator für Großbaustellen, Witt, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung, Janßen, WFG, Frank, Stadtwerke Wilhelmshaven.

Als externe Berater der Lenkungsgruppe wurden, bei Bedarf und themenbezogen, folgende Firmen bzw. Personen hinzugezogen:

- Stadtplanung Dr. Jansen GmbH, Köln
- Müller BBM GmbH, München
- Rechtsanwälte Baumeister, Münster
- Kieler Institut für Landschaftsökologie
- Herr Sonnemann

Vor dem 17. November 2008 war die Lenkungsgruppe mit folgenden Personen besetzt:

Herrn Ersten Stadtrat Stoffers, den Herren Frank, Witt und Janßen sowie meiner Person. Bei Bedarf wurden weitere Mitarbeiter der Verwaltung hinzugezogen, die externen Berater der Lenkungsgruppe sind identisch mit den bereits genannten Firmen und Personen. Eine letzte Sitzung der Lenkungsgruppe in alter Besetzung,

verabredet bereits vor Berufung der neuen Besetzung, gab es am 20. und 21.11. Sie haben in Ihrer Anfrage, Herr Dr. von Teichman, erklärt, dass sich die Fragen ab 6. in erster Linie auf die Lenkungsgruppe Großindustrie, vorher Lenkungsgruppe JadeWeserPort, beziehen. Ich werde deshalb die folgenden Fragen nur mit Blick auf diese Lenkungsgruppe beantworten.

Antwort zu Frage 6:

Ich unterstelle bei der Beantwortung dieser Frage, Herr Dr. von Teichman, dass sich diese auf die externen Berater der Lenkungsgruppe bezieht, sollten Sie Zweifel an der Berufung und der Qualifikation der städtischen Mitarbeiter haben, müssten Sie dies in einer mündlichen Nachfrage vielleicht noch einmal konkretisieren. Ich beantworte Ihre Frage wie folgt:

Die Firmen Müller BBM und Dr. Jansen sind hinsichtlich Planung und Entwicklung bereits viele Jahre an der Seite der Stadt.

Müller BBM GmbH hat die industrielle Entwicklung Wilhelmshavens seit Anfang der 70er Jahre als Lärmgutachter begleitet. Gemeinsam mit Müller BBM und der Industrie wurde unter Federführung des Bauordnungsamtes der Stadt das System abgestimmter Emissionskontingente entwickelt, das ein Ausschöpfen der Emissionskontingente nach dem „Windhundprinzip“ verhindert und die Möglichkeit zur umfassenden Besiedlung der Grodenflächen bietet.

Die Dr. Jansen GmbH war, mit Unterbrechungen, seit 1988 in verschiedenen Planverfahren erfolgreich für die Stadt tätig. Mit dem Beginn der Planungen für den JadeWeser Port wurde die Zusammenarbeit wieder aufgenommen mit der Aufgabenstellung „Fachliche Begleitung der Stadt Wilhelmshaven beim Masterplan JadeWeserPort und der Umweltverträglichkeitsprüfung“.

Als Referenzen der Firma Dr. Jansen GmbH darf ich Ihnen folgende Tätigkeiten benennen:

1. Internationale Auftraggeber

Europäische Kommission, Schwerpunkt Umweltdirektion
EUREGIO

Euregio rhein-maas-nord

Euregio Rhein-Waal

Provincie Groningen

International network of HST Urban Regions

Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission UK Süd

Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission UK Nord

Städte Heerlen, Maastricht, Venlo, Tegelen (NL); Kufa (Irak) , Bergen, Gennep, Belfeld

2. Ministerien

Bundesministerium für Verkehr

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW

Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NRW

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NRW

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW

Staatskanzlei des Landes NRW

Staatskanzlei des Saarlandes

Ministerium für Städtebau und Verkehr des Landes NRW

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg

3. Sonstige öffentliche Stellen

Umweltbundesamt

Projekt Ruhr GmbH

Deutsch-Niederländische ‚Raumordnungskommission UK Süd und Nord‘

Kommunalverband Ruhrgebiet (früher Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk)

AGIT

Bundesanstalt für Straßenwesen

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald

Industrie- und Handelskammern

4. Derzeitige Auftraggeber

Zurzeit arbeitet das Büro in bzw. für folgende/n Großstädte:

Stadt Bergisch Gladbach

Stadt Bochum

Stadt Bonn

Stadt Dortmund

Stadt Düsseldorf

Stadt Gelsenkirchen

Stadt Köln

Stadt Mönchengladbach

Stadt Neuss

Stadt Kufa

Stadt Rüsselsheim

Stadt Solingen

Stadt Trier

Stadt Wuppertal

Die Sozietät Baumeister Rechtsanwälte ist eine bundesweit anerkannte Kanzlei mit ausgewiesener Expertise u. a. im öffentlichen Baurecht und Umweltrecht.

Das Kieler Institut für Landschaftsökologie bietet ein breites Leistungsspektrum aus den Bereichen Naturschutz und Landschaftsplanung. Im Bereich der Eingriffsbeurteilung (FFH, UVS, LBP) gehört das Institut zu den ersten Fachgutachtern in der Bundesrepublik, die sich mit dieser Thematik befassen haben. Im Rahmen von Großprojekten wurden die erforderlichen Unterlagen zur FFH Ausnahmeprüfung und zur Planung von Maßnahmen zur Sicherung der Kohärenz von Natura 2000 ausgearbeitet.

Herr Sonnemann hat als langjähriger Referent des Umweltschutzes für die Ämter Umweltamt (Naturschutzbehörde, Abfallbehörde, Wasser- und Deichbehörde) und Bauordnungsamt (industrieller Umweltschutz gesamt für die Stadt, Denkmalschutz und städtisches Prüfamt - in dieser Funktion auch Leiter des Bauordnungsamtes -) die bisherige industrielle Entwicklung Wilhelmshavens von Beginn an begleitet und verfügt in dieser Hinsicht über einen einzigartigen Erfahrungsschatz. Er war in alle Entscheidungen persönlich eingebunden, insbesondere im Zusammenhang mit der Durchsetzung von besonderen technischen Anforderungen an Industrieanlagen.

Seit 1985 hat sich Herr Sonnemann mit der Bestimmung von Staubimmissionsdaten (ausgelöst durch Massenschüttgutlager WUG, heute Rhenus Midgard), zugleich als Genehmigungsbehörde, befasst.

Seit 1972 war Herr Sonnemann als Vertreter der Stadt aktiv in der Beratung von Industrie und Gewerbe zur Schaffung von Rechtssicherheit auch in

immissionsschutzrechtlicher Hinsicht. Seit 1982 hatte er die Federführung zur Aufstellung und Entwicklung eines Gesamtkonzeptes der flächenbezogenen Schalleistungspegel in den Grodenflächen in ständiger Abstimmung mit der Industrie und dem Landesverwaltungsamt Hannover, später mit dem zuständigen Ministerium der Landesverwaltung in Hannover.

Antwort zur Frage Nr. 7:

7a:

Mit den Projekten der Großindustrie nimmt Wilhelmshaven eine Sonderstellung innerhalb der Bundesrepublik ein. Nirgends sonst sind Projekte diesen Umfangs und dieser Komplexität und zeitlichen Zusammentreffens bekannt. Dies stellt natürlich auch für eine Kommunalverwaltung eine besondere, nicht alltägliche Herausforderung dar. Nur mit fachlicher Unterstützung von außen können die vielfältigen Aufgaben im Sinne einer rechtssicheren und zeitgerechten Umsetzung der Projekte bearbeitet werden, Sie haben es bereits gehört, dass die externe Beratung der Stadt Wilhelmshaven in diesen Bereichen bereits seit Anfang der 70er Jahre erfolgt.

7b:

Müller BBM ist befasst mit einer Vielzahl von Berichten, die die Ermittlung von Lärmkontingenten betreffen, den Immissionsschutz, Untersuchung und Gutachten der Themen Lärm, Luft und Licht.

Das Kieler Institut für Landschaftsökologie war befasst mit der Eignungsuntersuchung für das Vogelschutzgebiet Nord und hat ein Angebot zur Verträglichkeitsuntersuchung vorgelegt.

Die Sozietät Rechtsanwälte Baumeister war mit folgenden Themen befasst:

- 1. Rechtliche Stellungnahme zum Verhältnis zwischen wasserstraßenrechtlicher Planfeststellung und Bauleitplanung, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 2. Rechtliche Stellungnahme zum notwendigen Stand der Bauleitplanung bei Erlass des Planfeststellungsbeschlusses und Erfordernis und Gegenstand einer immissionsschutzrechtlichen Vorausbeurteilung im Planfeststellungsverfahren, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 3. Rechtliche Stellungnahme zur Anbindung des JadeWeserPort an den Schienenverkehr, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 4. Rechtliche Stellungnahme zum Vertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Land Niedersachsen, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 5. Rechtliche Stellungnahme zum Verhältnis der Schienen- und Straßenanbindung des JadeWeserPort zum bundeswasserstraßenrechtlichen Planfeststellungsbeschluss, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 6. Rechtliche Stellungnahme zum Lärmschutz betreffend Ausbau der BAB A29, Schreiben vom 31.10.2003.*
- 7. Rechtliche Stellungnahme zur Immissionsschutzproblematik bei der Bauleitplanung für das gewerbliche Umfeld des JadeWeserPort vom 21.05.2004.*
- 8. Rechtsgutachten zu den rechtlichen Anforderungen an die vorbereitende Bauleitplanung für Terminalbereich und Hafengroden vom 09.02.2005.*
- 9. Rechtliche Stellungnahme zu den Voraussetzungen, die § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB*

an die Bauleitplanung für den Voslapper Groden stellt, vom 21.02.2005.

10. *Rechtliche Stellungnahme zu Einzelfragen im Zusammenhang mit der Anwendung der 16. BImSchV in der straßenrechtlichen Fachplanung vom (Entwurf, Stand 19.01.2006)*

Rechtsanwalt Dr. Hünnekens, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Baumeister Rechtsanwälte

1. *Rechtliche Stellungnahme vom 25.01.2005*

Zu den Auswirkungen der Auseinandersetzung über die Frage einer Pflicht zur Ausweisung des Voslapper Grodens als Europäisches Vogelschutzgebiet auf die Bauleitplanung der Stadt Wilhelmshaven

2. *Stellungnahme zur LROP-Änderung vom 20.01.2006*

3. *Rechtliche Stellungnahme (Entwurf, letzter Stand 25.01.2006)*

Zum Verfahren der Unterschutzstellung des Voslapper Grodens als Europäisches Vogelschutzgebiet sowie zu den Rechtsschutz- und Ausnahmemöglichkeiten

4. *Rechtliche Stellungnahme (Entwurf, letzter Stand 09.08.2006)*

Zu den Auswirkungen der Unterschutzstellung des Voslapper Grodens als Europäisches Vogelschutzgebiet auf die Entwicklung hafenorientierter Industrieflächen (Raumordnung, Bauleitplanung, Vorhabenzulassung)

7c:

Zur Firma Dr. Paul Jansen GmbH habe ich Ihnen bereits unter 6. Grundsätzliches gesagt, jetzt folgt eine detaillierte Auflistung der von dieser Firma bearbeiteten fachlichen Stellungnahmen und Beiträge:

Datum	Titel	Stichworte
Oktober 2000	JadeWeserPort: Regionalplanerische Perspektiven	Einordnung des JadeWeserPorts in europäische, Bundes- und Landesplanung
17.10.2000	Strategiepapier	Arbeitsschritte für die fachliche Begleitung der Planverfahren JWP und Umfeld
Februar 2001	Strategiepapier Infrastruktur	Anforderungen des JadeWeserPorts an den Ausbau der regionalen Infrastruktur
März 2001	Bau eines Tiefwasser- Containerterminals in Wilhelmshaven – Eine Zukunftsinvestition für die europäische Verkehrsinfrastruktur	Europäische Bedeutung des geplanten Hafens, auch als Begründung für Fördermittel
10.08.2001	Prüf- und Planungsverfahren JadeWeserPort	Aufarbeitung der Planungsgrundlagen
06.11.2001	Important Bird Areas	Systematik der IBA-Liste, Fragestellungen für die Bewertung der Eignung des Voslapper Grodens

07.11.2001	Kriterien für ein faktisches Europäisches Vogelschutzgebiet	Auswertung der Rechtssprechung mit Relevanz für die Einstufung des Voslapper Grodens und die weiteren Planverfahren
20.11.2001	Zur Notwendigkeit eines Raumordnungsverfahrens für den JadeWeserPort	Stellungnahme zur Erforderlichkeit eines ROV mit dem Ergebnis, dass es nicht erforderlich ist
30.11.2001	Eckpunkte einer Strategie zur Minderung der naturschutzrechtlichen Risiken für die Realisierung eines Investitionsvorhabens in einem ornithologisch relevanten Bereich	Vorschlag für die Behandlung der Fragen des Vogelschutzes unter Berücksichtigung der europäischen Rechtsprechung
30.11.2001	Fragenkatalog für Gutachter aus dem Bereich Natur	Zusammenstellung der fachlichen Beurteilungsgrundlagen für die Entscheidung über die Ausweisung des Voslapper Grodens als Vogelschutzgebietes
30.11.2001	Bedeutung faktischer und planerischer Vorbelastungen als Kriterium bei der Bewertung einer Fläche im Hinblick auf ihre Eignung als VRL-Schutzgebiet	Stellungnahme zur Berücksichtigung von Vorbelastungen bei der Entscheidung über die Ausweisung des Voslapper Grodens als Vogelschutzgebiet
03.01.2002	Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange vor/bei der Inanspruchnahme von Flächen für gewerbliche/industrielle Zwecke	Anforderungen aus internationalen, europäischen und nationalen Regelungen des Naturschutzes bei der Planung für den Voslapper Groden
18.04.2002	Zusammenfassung und Anmerkungen – Scoping-Termin Jade-Weser-Port 16. April 2002 in Wilhelmshaven	Ergebnisse des Scoping Termins JWP und Empfehlungen für notwendige Ergänzungen der UVU
05.11.2002	Eckpunkte einer Argumentation zu den Bezügen der Hafenplanung Nordrhein-Westfalen zu der Planung eines Terminals für Jumbo-Containerschiffe in Wilhelmshaven	Argumente für die Einbeziehung der Planungen JadeWeserPort in das Hafenkonzept NRW Planung eines Terminals für Jumbo-Containerschiffe in Wilhelmshaven
08.11.2002	Vorschlag der Stadt Wilhelmshaven zur Ergänzung des Untersuchungsrahmens	Vorschläge für die Ergänzung des Untersuchungsrahmens für die UVU Planfeststellung JadeWeserPort
13.01.2003	Anregungen für die zu bearbeitenden Lärmgutachten	Stellungnahme zu ergänzenden Lärmgutachten für die Grodenflächen unter Berücksichtigung der vorliegenden Gutachten aus der Planfeststellung JWP
April 2003	Strukturkonzept über die zukünftige Entwicklung der Grodenflächen und von Teilflächen des Sengwarder Landes	Mehrere Stellungnahmen zum Entwurf

Juni 2003	Kurzstellungnahme zu Gutachten Müller BBM 5413/4 und 51920/25	Stellungnahme zu Lärmgutachten für Planfeststellung JadeWeserPort und städtische Planungen
11.07.2003	Zur möglichen Relevanz von Vertragsverletzungsverfahren der Kommission der Europäischen Gemeinschaft nach der Vogelschutzrichtlinie (VRL) und der FFH-Richtlinie (FFH-R) für Investitionsvorhaben im Bereich Wilhelmshaven	Auswirkungen des Vertragsverletzungsverfahrens auf das Planfeststellungsverfahren und erforderliche Schritte
13.08.2003	Voraussetzungen, Verfahren und Zuständigkeiten für die Ausweisung von Europäischen Vogelschutzgebieten und FFH-Gebieten	Darstellung des Verfahrens mit Zuständigkeiten Bund und Land sowie Einflussmöglichkeiten Verbände
September 2003	Aufhebung BPl. Geniusbank	Mehrere Stellungnahmen an die Stadt zum Verfahren selbst und zur Begründung
18.09.2003	Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung des Containerterminals in Bremerhaven (CT IV) 1. bis 4. September 2003	Zusammenstellung der Ergebnisse des Erörterungstermins CT IV Bremerhaven mit Relevanz für das Planfeststellungsverfahren JWP
30.09.2003	Überlegungen zu einem Strategiekonzept Vogelschutz	Vorschläge für die Lösung des Konflikts Vogelschutz, Bewertung der Realisierungschancen
24.02.2004	Prognose Verkehrsuntersuchung	Kurzstellungnahme zu der erwarteten Zahl der Beschäftigten und Kfz auf den Grodenflächen als Grundlage für Verkehrsprognosen der Stadt
März 2004	Basispapier (mehrere Fassungen)	2002 wurden alle Projekte und Planungsverfahren im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort und der Nutzung der Grodenflächen in einem Basispapier zusammengefasst und für die Lenkungsgruppe mehrmals fortgeschrieben. Das Basispapier wurde im März 2004 abgeschlossen.
März 2004	Offene Fragen aus dem Auftrag „Fachliche Begleitung der Stadt Wilhelmshaven beim Masterplan JadeWeserPort und der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVU)“	Die noch offenen Fragen wurden mit den entsprechenden fachlichen Empfehlungen für die weitere Bearbeitung zusammengestellt
März 2004	Stellungnahme zur Grundsatzvereinbarung	Ergänzungs- und Änderungsvorschläge zur Grundsatzvereinbarung NS-WHV
März 2004	Stellungnahme zum Kooperationsvertrag	Ergänzungs- und Änderungsvorschläge zum Kooperationsvertrag NS-WHV

21.04.2004	Regionales Raumordnungsprogramm Friesland	Kurzstellungnahme zur geplanten Festlegung eines Vorsorgegebiets für die Erholung südlich des Hooksmeers unter Berücksichtigung der geplanten Entwicklung auf dem Voslapper Groden
07.05.2004	Antrag Planfeststellung JadeWeserPort Bearbeitung der Anregungen der Stadt Wilhelmshaven aus dem Scoping-Termin	Überprüfung, welche Anregungen der Stadt in welchem Umfang bei der Antragsbearbeitung berücksichtigt wurden
17.05.2004	Neuaufstellung bzw. Änderung des Flächennutzungsplans für die Terminal- bzw. Grodenflächen	Planungsrechtliche Vorgaben für Flächennutzungsplan und Bebauungspläne für die neuen Grodenflächen und angren- zenden Bereiche
10.06.2004	Planfeststellungsverfahren zum „Ausbau der Bundeswasserstraße Jade durch die Errichtung eines Tiefwasserhafens für Containerschiffe (Jade-Weser-Port)“, Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven-Entwurf	Vorschläge für den Inhalt der Stellungnahme der Stadt zum Planfeststellungsantrag JWP
22.07.2004	Wilhelmshaven Masterplan: Recherche Autohöfe	Ausstattung und Standortanforderungen Autohof
September 2004	Erörterungstermin Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Jade durch die Errichtung eines Tiefwasserhafens für Containerschiffe (JadeWeserPort)	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Anhörungstermins für die Lenkungsgruppe, Hinweise auf kritische Punkte
06.10.2004	Kartierung der Vogelarten im Voslapper Groden	Erläuterung der verschiedenen Kartierungen und Erhebungen (Zeitraum, Umfang)
November 2004	Wilhelmshaven Masterplan: Standortanforderungen unterschiedlicher Flächennutzungen	Zusammenstellung Flächeneignung und Nachfrageprofile erwünschter/geplanter Nutzungen
05.11.2004	Eignung des Voslapper Grodens als Schutzgebiet im Sinne des Art. 4 VRL	Beurteilung des Voslapper Grodens Süd auch unter Berücksichtigung der Vogelbestände in Niedersachsen
29.11.2004	Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zur Forderung der EU-Kommission, den Voslapper Grodens-Nord als „Besonderes Schutzgebiet“ im Sinne des Art. 4 Abs. 1 VRL auszuweisen	Fachliche Stellungnahme, ob die Ausweisung eines Vogelschutzgebietes Voslapper Groden erforderlich ist

Dezember 2004	Erörterungstermin Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Jade durch die Errichtung eines Tiefwasserhafens für Containerschiffe (JadeWeserPort)- Hinweise für die Bauleitplanung	Auswertung des Anhörungstermins für die weitere Bauleitplanung der Stadt
28.10.2005	Lärmschutz für Anlieger der A 29 in Wilhelmshaven	Stellungnahme zu den Möglichkeiten eines zusätzlichen Lärmschutzes im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der A 29 auf der Grundlage der Aussagen des Lärmgutachtens zur Abschnittsbildung
13.12.2005	EU-Umgebungsärm-Richtlinie, Lärmminderungsplanung und mögliche Auswirkungen für Wilhelmshaven	Mögliche zusätzliche Anforderungen für den Lärmschutz aus der Umsetzung der EU Richtlinie
21.12.2005	Anmerkungen zu dem Abschlussbericht „Untersuchung zur Errichtung eines Güterverkehrszentrums in Wilhelmshaven unter Berücksichtigung der Planung des JadeWeserPorts“, Abschlussbericht	Zusammenfassung der Stellungnahmen zum Untersuchungsbericht Güterverkehrszentrum, Vorschläge für Ergänzungen
2005	Zusammenfassung der Planungsgrundlagen in thematischen Plänen	Themen: Grundlagen Rahmenbedingungen Verkehr Lärm Natur und Landschaft Konzepte
04.01.2006	Anmerkungen zur Veröffentlichung der Offenlage des Verordnungsentwurfs für das Naturschutzgebiet „Voslapper Grodens-Süd“ in der Wilhelmshavener Zeitung vom 10. Dezember 2005	Überprüfung möglicher formaler Mängel der Veröffentlichung mit Auswirkungen auf das weitere Verfahren
11.01.2006	Anmerkungen zur beabsichtigten Ausweisung des Voslapper – Grodens-Nord und –Süd als „Besonderes Schutzgebiet“ im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Vogelschutzrichtlinie	Fachliche Stellungnahme, ob die Ausweisung eines Vogelschutzgebietes erforderlich ist, aktualisiert und unter Einbeziehung des Voslapper Grodens-Nord
11.01.2006	Fragestellungen zur Eignung des Voslapper Grodens-Süd als Europäisches Vogelschutzgebiet	Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse und fachlichen Fragestellungen für die mögliche Unterschutzstellung des Voslapper Grodens-Süd
27.01.2006	Bericht Masterplan Rüstersieler Grodens-Nord (Entwurf)	Erläuterung der Planungsgrundlagen und Vorschläge zu Erschließung und Flächennutzung
31.01.2006	Abschätzung der Beschäftigtenzahlen	Zusammenstellung der Beschäftigtenzahlen als Grundlage für die Verkehrs- prognose der Stadt

Februar 2006	Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Entwurf der Verordnung des Nds. Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz über das Naturschutzgebiet „Voslapper Groden-Süd“ in der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven	Entwurf einer Stellungnahme zur geplanten Naturschutzverordnung
07.02.2006	Daten zur Abschätzung des Verkehrs, insbesondere des Lkw-Verkehrs, für Verkehrs- und Lärmprognose Wilhelmshaven	Stellungnahme zu den Grundlagen für die Verkehrsprognose
20.März 2006	Stellungnahmen Vogelschutz	Stellungnahme zu den Fragen: -Aussage des BfN zu Auswirkung Bahnanbindung JWP -Aufbereitung Kohärenzflächen -Chancen für die Aufhebung eines Schutzgebietes
20.März 2006	Schutz und Wiederansiedlung Rohrdommel	Hinweise auf Quellen für die Wiederansiedlung von Rohrdommeln in England und Schutz der Rohrdommel bei der Erweiterung des Hafens Le Havre
12.04.2006	Stellungnahme für die Stadt Wilhelmshaven, ob Teilflächen des Voslapper Groden-Nord als „Besonderes Schutzgebiet“ im Sinne des Art. 4. Abs. 1 VRL auszuweisen sind	Fachliche Stellungnahme, ob die eines Vogelschutzgebietes erforderlich ist, aktualisierte Fassung
23.06.2006	Stellungnahme zur Aufstellung 69. und 70. Änderung FNP	Ergebnis: Die geplanten Aufstellungsbeschlüsse haben keine negativen Folgen für das Planfeststellungsverfahren JWP
10.07.2006	Gründzüge Ansiedlungsverträge	Hinweise für wesentliche Inhalte von Ansiedlungsverträgen
November 2006	Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Entwurf der Verordnung des Nds. Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz über das Naturschutzgebiet „Voslapper Groden-Nord“ in der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven	Entwurf einer Stellungnahme zur geplanten Naturschutzverordnung
2006/2007	Zusammenstellung der Unterlagen und fachliche Begleitung eines Gutachtens zur Eignung des Voslapper Groden Nord als FFH-Schutzgebiet	
2006/2007	Zusammenstellung der Unterlagen für meta-werk für Nutzungskonzepte der Grodenflächen	Teilnahme an Fachgesprächen und am Workshop am 02.05.07

2006/2007	Auswertung der Literatur zur Lärmempfindlichkeit von Vögeln, Kontakte zum Bundesministerium für Verkehr zu laufender Forschungsarbeit zu dem Thema	Auswertung der Studie „Vögel und Verkehrslärm“ für die Schutzgebiete in WHV
22.01.2007	Beitrag zur Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Änderungs-Genehmigungsantrag gemäß § 16 BImSchG (Antragsfassung: 31.08.2006)	Beitrag zur Stellungnahme der Stadt zu dem Genehmigungsantrag INEOS
22.01.2007	Stellungnahme Entwurf Änderung Landesraumordnungsprogramm	Anregungen für die Stellungnahme der Stadt zum Entwurf Landesraumordnungsprogramm
2006/2007	Grundlagen Machbarkeitsstudie Lärm und Luft für die Grodenflächen	Gemeinsam mit der Verwaltung und Müller BBM Erarbeitung von Vorschlägen für Lärmkontingente und Prognosestufen
2006/2007	Auswertung des EU Guidance Document zu Art 6(4) der FFH-Richtlinie	Kontakte zur EU-Kommission zum Dokument und der Möglichkeit einer vollständigen Kompensation eines Vogelschutzgebietes
Februar 2007	Fortschreibung der Planungsgrundlagen aus 2005	
Februar 2007	Auswertung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Westumfahrung Halle	Weitergehende Anforderungen an die FFH-Verträglichkeitsprüfung, z.B. Berücksichtigung Critical Loads, Recherche entsprechender Grundlagendaten in NS
Mai 2007	Darstellung von Restriktionen und Planungsalternativen für den Rüstersieler Groden-Nord	
17.11.2008	Stellungnahme zur schädlichen Auswirkungen von Lärm auf Vögel	Prüfung der Übertragbarkeit der Ergebnisse des Gutachtens für Verkehrslärm auf Gewerbelärm
November 2008	Aktualisierung der Pläne Lärmkontingente Restriktionen Entwicklung Geniusbank	

Antwort zu Frage 8:

Wir haben von 2003 bis Ende 2007 51 Sitzungen der Lenkungsgruppe ermittelt, 12 davon haben außerhalb Wilhelmshavens stattgefunden. Bis zum Herbst 2008 ruhte dann die Tätigkeit der Lenkungsgruppe, seit November 2008 haben wir einen 14-tägigen Turnus eingeführt, hier treten wir jeweils montags vor der Sitzung des Verwaltungsvorstandes in der Besetzung der Lenkungsgruppe zusammen.

Antwort zu Frage 9:**9a:**

Es hat Sitzungen der Lenkungsgruppe außerhalb Wilhelmshavens in Köln, Münster und München gegeben. Wir haben für Fahrtkosten, Bewirtungskosten sowie Übernachtungskosten einen Betrag von 9.250 € ermittelt.

9b:

Mit dieser Frage wird das Verfahren berührt, das mittlerweile vor dem OVG

Hannover liegt und in dem es um die Auskunftspflicht aus städtischen Gesellschaften geht. Ich gebe diesen Hinweis deshalb, damit aus der Beantwortung dieser Frage, die ich im Einvernehmen mit der WFG hier beantworte, keine Rückschlüsse auf das laufende Verfahren gezogen werden. Außerdem könnte die Frage auftauchen, ob hier Vertragsgrundlagen zwischen der WFG und beauftragten Unternehmen berichtet werden, allerdings werden ja die Ergebnisse der beauftragten Unternehmen von der Bauverwaltung weiter bearbeitet.

Wir haben an Honoraren, die an externe Mitwirkende der Lenkungsgruppe einschließlich der genannten Firma Jansen, Köln, geflossen sind, von 2003 bis 2008 einen Betrag von 1,6 Mio. € ermittelt.

9c:

Die hier nachgefragten Aufwendungen sind bereits in den Beträgen, die ich unter 9a und 9b genannt habe, enthalten.

Antwort zu Frage 10:

Die bisherigen Aktivitäten der Lenkungsgruppe sind aus dem Etat der WFG bezahlt worden. Die Gesamtsumme ergibt sich aus den Antworten zu 9a und 9b.

Antwort zu Frage 11:

Ich beziehe mich hier auf die bereits unter 7b und 7c gegebenen Antworten. Ich möchte es mir hier ersparen, Ihnen die bereits genannten Projekte, Maßnahmen und Aufgaben nochmals vorzutragen, die die Unternehmen Rechtsanwälte Baumeister und Jansen GmbH betreffen.

Die Ergebnisse der Lenkungsgruppe und Beiträge einzelner daraus sind eingeflossen in:

A. Bauleitplanung:

Strukturkonzept 2004

(vom Rat als sonstige Planung gem § 1 Abs.6 Nr. 11 BauGB beschlossen und dementsprechend bei zukünftigen Planungen zu berücksichtigen),

(rechtswirksam in 2008)

55. Änderung FNP – JWP/Hafengroden,

56. Änderung FNP – Rüstersieler Groden-Nord Teil 1,

68. Änderung FNP - Rüstersieler Groden-Süd,

(rechtsverbindlich in 2008)

BP 210 - JWP-CT-Fläche,

BP 212 – Rüstersieler Groden-Nord (Electrabel, Rhenus)

BP 220 – Rüstersieler Groden-Süd (E.ON Kraftwerk),

(in Vorbereitung)

56. Änderung FNP – Rüstersieler Groden-Nord Teil 2 (Geniusbank),

BP 211 – Hafengroden,

BP 213 – Geniusbank,

BP 191 – Bauens,

BP 203 – Heppenser Groden – Am Maadesiel

BP 177 – Heppenser Groden– Zum Ölhafen, 1. und 2. Änderung

B. Raumordnung

*Änderung Landesraumordnungsprogramm (LROP), rechtswirksam in 2008
Stellungnahme der Gemeinde;*

C. Planfeststellungen

(Abstimmungen und Stellungnahmen der Gemeinde, Teilnahme an den Verfahren)

*Jade-Weser-Port,
Verlängerung BAB A 29,
Verlängerung Nordgleis,*

D. EU-Vogelschutzgebiete Voslapper Groden-Nord und –Süd

(Beteiligung der Gemeinde, Stellungnahme zur NSchVO nach NNSchG).

Antwort zu Frage 12:

Die Arbeitsergebnisse der Lenkungsgruppe Großindustrie sind bei folgenden Projektfeldern im Bereich der Grodenflächen in die Entscheidungsstrukturen der Stadt eingeflossen, hier handelt es sich um Entscheidungen und Vorlagen an den Rat und seine Gremien in folgenden Fällen:

A. Planfeststellungsverfahren

- | | |
|--|---------------|
| A1. Jade-Weser-Port (BWStrG/BBergG) | ca. 1 Mrd.€ |
| A2. BAB A 29 – Verlängerung (BFStrG) | |
| A3. Nordgleis – Verlängerung (LEG/ROV) | |
| A4. 380 KV-Leitung Rüstersieler Groden- A 29 Kreuz WHV | |
| A5. Abwärmeleitung EON – DFTG/EON (Verdampfung Flüssiggas) | |
| A6. DB-Gleis – Ertüchtigung Ölweiche – „weißer Floh“ (EBA) | |
| A7. Niedersachsen-Brücke Erweiterung der Kapazität | ca. 0,5 Mio € |

B. Genehmigungsverfahren

- | | |
|---|----------------|
| B1. Kohlekraftwerk ELECTRABEL (BlmSchG/WHG) | ca. 1 Mrd. € |
| B2. Kohlekraftwerke EON 50+ (BlmSchG/WHG) | ca. 1 Mrd. € |
| B3. DFTG / EON (BlmSchG/WHG) | ca. 0,5 Mio. € |
| B4. Conoco Philips/WRG – Raffinerie-Erweiterung (BlmSchG) | ca. 3 Mrd. € |

B5. Abwärmeleitung EON – DFTG/EON (Verdampfung Flüssiggas)

B6. Erweiterung Kavernenspeicher

C. Bauleitplanungen

C1. Hafengroden/Containerterminal

C1.1 55. Änd. Flächennutzungsplan –Sonderbaufläche JadeWeserPort-

C1.2 Bebauungsplan Nr. 210 –JadeWeserPort –Containerterminal-

C1.3 Bebauungsplan Nr. 211 –Hafengroden-

C2. Rüstersieler Groden – Nord

C2.1 56. Änd. Flächennutzungsplan –Rüstersieler Groden Nord-

(nördlich Niedersachsendamm/A 29: GE-/GI-Flächen)

- C2.2 *Bebauungsplan Nr. 212 –Rüstersieler Groden Nord / südlich Niedersachsendamm - (Electrabel 800 MW Kraftwerk / Rhenus Massenschüttgutlager)
(gfs. Änderungs-/Heilungsverfahren)*
- C2.3 *Bebauungsplan Nr. 213 -Geniusbank / nördlich Niedersachsendamm-(Tankstelle / Autohof / Gewerbe/Logistik)*

C3. Rüstersieler Groden – Süd

- C3.1 *68. Änd. Flächennutzungsplan –Rüstersieler Groden Süd-*
- C3.2 *Bebauungsplan Nr. 220 –Rüstersieler Groden Süd / Zum Kraftwerk-(EON Kraftwerke)*
- C3.3 *Bebauungsplan Nr. 221 –Rüstersieler Groden Süd / Östlich Friesendamm-(INEOS – Verlegung Chlorgaswerk)*

C4. Voslapper Groden Nord

- C4.1 *70. Änd. Flächennutzungsplan –Voslapper Groden Nord-*
- C4.2 *Bebauungsplan Nr. 226 –Voslapper Groden Nord / ... –*
- C4.3 *Bebauungsplan Nr. 130 C –Voslapper Groden Nord / ... -*

C5. Voslapper Groden Süd

- C5.1 *69. Änd. Flächennutzungsplan –Voslapper Groden Süd-*
- C5.2 *Bebauungsplan Nr. 222 –Voslapper Groden Süd / ... -*
- C5.3 *Bebauungsplan Nr. 223 –Voslapper Groden Süd / ... -*
- C5.4 *Bebauungsplan Nr. 224 –Voslapper Groden Süd / ... -*
- C5.5 *Bebauungsplan Nr. 225 –Voslapper Groden Süd / ... –*

C 6. Heppenser Groden

- C 6.1 *Bebauungsplan Nr. 203 – Friesendamm/Zum Maadesiel (GE-, GI-Flächen/ZKA)*
- C 6.2 *Bebauungsplan Nr. 177 – Friesendamm/Zum Ölhafen (GI-, GE-Flächen, Tanklager)*
- C 6.3 *Bebauungsplan Nr. 230 – Friesendamm/Alfred-Eckard-Str. (Bw-Vorratsflächen, GE-Flächen, Nordgleis, Zufahrt MStpkt)*

D. Raumordnung

D1. Offshore - Stromleitungen – Kabeltrassen/Einspeisung (NROG)

- D1.1 *Offshore Windpark „Meerwind“
Raumordnerische Beurteilung*
- D1.2 *Offshore Windpark „Nordergründe“
Raumordnerische Beurteilung*

D2. Onshore – Stromleitungen – Hochspannungsfreileitung (NROG)

- D2.1 *bedingt durch Kraftwerksplanungen EON
ROV (WHV,LK FRI, LK Ammerland)*
- D2.2 *bedingt durch Kraftwerksplanungen Electrabel
ROV (s.o.)*

**D3. regionale / überregionale Planungen der Ver- und Entsorgung /
Leitungstrassenplanungen**

- D3.1 *Ölleitung – Pipeline NWO Tanklager / Raffinerie Conoco Phillips
ROV, Stellungnahme, mit anderen Projekten,
Prüfung auf Verzicht eines ROV (z.T. bereits vollzogen)*
- D3.2 *Abwärmeleitung EON – DFTG/EON (Verdampfung Flüssiggas)
ROV, Stellungnahme , Abstimmung mit anderen Projekten – insbes.
Nutzung der Nutzungsaufgabe der Trasse der Chlorgasleitung-,*

E. *Natur und Landschaft*

**E1. Kompensationsflächen-Management
*Bauleitplanung im Stadtgebiet***

**E2. Vogelschutzgebiet Voslapper Groden Süd
*EU-Konzept: Kompensation, Begründung , Alternativenprüfung***

F. *Regional*

**F1. Regionalmanagement/Metropol-Region
*OB/WFG/Regionalplanung***

F2. Gewerbeflächen-Entwicklung

F3. WHV/ FRI/ WAN- Abstimmung

G. *Arbeitskreise*

G1. Rüstersieler Groden

Abstimmung Projekte der Grodenflächen mit Vertretern Stadt, Behörden, Industrie, Gutachter, ... unter Vorsitz Stadtbaurat

G2. Technische Infrastruktur

Stadt / Landkreise; Raumordnungsverfahren für Leitungen / Trassen und KV-Ebene

G3. Industrie

Abstimmung Stadt unter Vorsitz OB

G4. EU-Kompensation

Nds. MW, MU, ML, NLWKN, UNB

Antwort zu Frage 13:

Die Beratungstätigkeit der Firma Dr. Jansen, Köln, besteht für die Stadt Wilhelmshaven seit 1988. Zunächst wurden verschiedene Nutzungsänderungsanträge des Objektes Flutstraße 94 in Wilhelmshaven überprüft mit dem Ergebnis,

dass die Nutzungsänderungsanträge negativ zu bescheiden waren. In einer umfassenden städtebaulichen und handelswirtschaftlichen Prüfung der Ansiedlung von Marktkauf vom 27. Oktober 1988 wurde u. a. aufgezeigt, bei welchen Sortiments- und Verkaufsflächenbegrenzungen eine solche Nutzungsänderung auf der Grundlage des Antrages vom 8. Oktober 1988 planungsrechtlich zulässig wäre. Dieses Gutachten war u. a. auch Gegenstand einer Prüfung durch das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg mit dem Ergebnis, dass die Nutzungsänderungsgenehmigung nicht zu beanstanden war.

Im Dezember 1989 folgte eine Begutachtung der planungsrechtlichen Zulässigkeit eines Möbelmarktes. In späteren Jahren weitere Gutachten über die Veränderung der Kaufkraftströme und der Einzugsbereiche durch Marktkauf und der Anpassung der Warensortimente.

Seit dem Jahre 2000 erfolgt eine intensive Beratung der Stadt im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort und der industriellen Nutzung der Grodenflächen. Bis

Ende 2007 hat die Firma Dr. Jansen, Köln, aus diesem Grunde auch ein Zweigbüro in Wilhelmshaven unterhalten.

Zur Frage nach den konkreten Beschlussvorlagen, Gutachten und Ratsentscheidungen beziehe ich mich auf die bereits gegebenen Antworten zur Frage 12, ich gehe davon aus, dass ich diese Auflistung nicht noch einmal hier vortragen soll.

Antwort zu Frage 14:

Der Rat und seine Gremien werden, wie bisher, durch Beschlussvorlagen der Verwaltung informiert, in denen, wie ich Ihnen ausführlich dargelegt habe, die Aktivitäten und Ergebnisse der Lenkungsgruppe eingearbeitet sind. Ich betone nochmals, dass die Lenkungsgruppe Großindustrie eine vorbereitende Arbeitsgruppe ist, die projektbezogene Arbeit im Sinne der Geschäfte der laufenden Verwaltung leistet.

Den Fragen 15 bis 17 möchte ich voranstellen, dass eine Ihnen, Herr Dr. von Teichman, zustehende Auskunftspflicht nur im Hinblick auf die Mitteilung von Tatsachen zusteht. Eine Abgabe von persönlichen Einschätzungen oder Beurteilungen bestimmter Sachverhalte kann nicht verlangt werden, dies sieht auch der von Ihnen so geschätzte Herr Thiele in einem Kommentar so. Die Fragen 15 bis 17 der von Ihnen gestellten Anfrage beziehen sich auf die Abgabe derartiger Einschätzungen und müssten bei strikter Berufung auf die geltende Rechtslage nicht zwingend beantwortet werden.

Gleichwohl habe ich keine Probleme, Ihnen meine Einschätzung aufgrund Ihrer Fragen mitzuteilen.

Einschätzung zu Frage Nr. 15:

Ich habe Ihnen bereits in meinen vorhergehenden Antworten deutlich gemacht, dass es sich bei der von Ihnen besonders angesprochenen Lenkungsgruppe um eine vorbereitende Arbeitsgruppe handelt, hier werden die Geschäfte der laufenden Verwaltung vorbereitet und gehen dann in die politischen Entscheidungsgremien. Die Kontrollmöglichkeiten des Rates werden hier in keinsten Weise beeinträchtigt.

Einschätzung zu Frage 16:

Vor dem Hintergrund, Ihnen auch künftig rechtssichere und zeitgerechte Vorlagen zu jeden für die Stadt existenziell wichtigen Industrieprojekten vorlegen zu können, wird die Verwaltung auf absehbare Zeit auf externe Unterstützung nicht verzichten können. Hier geben wir das dafür notwendige Geld aus, das für die weitere positive Entwicklung der Industrieprojekte notwendig ist. Die Arbeitsplätze, die dort neu entstehen werden, die zu erwartenden Einnahmen, die wir trotz der Absicht

einiger, die Gewerbesteuer abzuschaffen, daraus ziehen werden, sind die Refinanzierung für die von uns zwangsläufig zu leistenden Ausgaben.

So wird für die Bearbeitung von nachfolgend aufgeführten Bauleitplanverfahren die Vergabe von zahlreichen und umfangreichen Gutachten erforderlich. Für die übergeordnete Ebene -vorbereitende Bauleitplanung/FNP- und für die konkretisierende Bauleitplanung -Bebauungsplanung- sind Gutachten in Form von Machbarkeitsstudien bzw. von Fachgutachten erforderlich.

Das gutachterliche Spektrum variiert dabei zwischen schalltechnischen Machbarkeitsstudien, schalltechnischen Fachgutachten, Fachgutachten zur Luftthygiene, Geruchsgutachten, Gutachten zur Gefährdungsabschätzung, Umweltberichten, artenschutzfachlichen Untersuchungen und verkehrsplanerischen Untersuchungen bzw. hierzu erstellten Fachgutachten.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird es sich um nachfolgende Gutachten handeln, die abgearbeitet werden bzw. noch beauftragt werden müssen:

*Machbarkeitsstudie Gewerbelärm Heppenser Groden
Machbarkeitsstudie Gewerbelärm Bereich Nordhafen
Machbarkeitsstudie Gewerbelärm Kaserne Ebkeriege
B-Plan 203 Schallgutachten
B-Plan 203 Umweltbericht
B-Plan 203 Lufthygiene
B-Plan 203 Geruchsgut
F-Plan 56, 2. Änderung Umweltbericht
B-Plan 213 Schallgutachten
B-Plan 213 Umweltbericht
B-Plan 213 Lufthygiene
B-Plan 177, 2. Änderung Schallgutachten
B-Plan 177 2. Änderung Umweltbericht
B-Plan 191 Raffinerieprojekt Baustellenverkehr
B-Plan 211 Verkehrsuntersuchung GVZ
B-Plan 211 Logistik/Verkehrsmengen
B-Plan 180, 3. Änderung, Tedox, Schallgutachten
B-Plan 180, 3. Änderung Tedox, Einzelhandelsgutachten
Verkehrsplanung LKW-Verkehre, Zählstellenkonzept
Einzelhandelskonzept: Fortschreibung, verursacht u.a. durch Tedox*

Einschätzung zu Frage Nr. 17:

Zum Schluss der Beantwortung der großen Anfrage kann ich nicht erkennen, dass hier eine Transparenz im Verwaltungshandeln nicht vorhanden war, die Frage nach der Einheitlichkeit der Verwaltung kann ich nicht nachvollziehen, diese Einheitlichkeit war immer sichergestellt und ist auch künftig nicht beeinträchtigt.

Lassen Sie mich zum Schluss der Beantwortung der großen Anfrage den 14 Beschäftigten der Stadt Wilhelmshaven danken, die im Bereich der Kernverwaltung und der Gesellschaften in den letzten 10 Tagen damit befasst waren, die notwendigen Unterlagen für die Beantwortung dieser großen Anfrage zusammenzustellen. Gestern und heute hat die von mir eingesetzte Lenkungsgruppe für die Beantwortung der großen Anfrage in 5 Stunden diese Unterlagen gesichtet, zusammengestellt und die Antworten formuliert. Allen Beteiligten danke ich für ihre Arbeit.“

Herr Janssen äußerte sein Unverständnis über die Dauer der Beantwortung dieser Anfrage. Damit habe der Oberbürgermeister die Geduld der Ratsmitglieder und Zuhörer über Gebühr strapaziert. Er schlage vor, zukünftig auf eine mündliche Beantwortung zu verzichten und stattdessen den Ratsvertretern vorab die Erklärung in schriftlicher Form vorzulegen.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, dass er in dieser Ausführlichkeit auf die Große Anfrage habe antworten müssen, um den gesetzlich verankerten Auskunftsanspruch der Ratsmitglieder zu befriedigen.

Herr Dr. von Teichman dankte für die umfassende Information, wies aber darauf hin, dass man sich die Arbeit hätte sparen können, wenn der Oberbürgermeister in der Vergangenheit in dieser Angelegenheit mehr Transparenz gezeigt hätte.

Er nahm im Weiteren Bezug auf den von Herrn Menzel angesprochenen Inhalt des FDP-Newsletter und erklärte, dass es sich in der Tat um eine subjektive Stellungnahme handele, die Fakten aber generell stimmen dürften. Von daher sehe er keine Veranlassung, die Vorwürfe zurückzunehmen.

Am Beispiel der Lenkungsgruppe Kraft-Wärme-Kopplung machte **Herr Radmer** die bereits angesprochene mangelnde Transparenz im Verwaltungshandeln deutlich. Weder Aufsichtsrat noch Ratsvertreter seien über die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Vorstudie informiert worden, obwohl die Ergebnisse innerhalb der Konzerne EON und Electrabel bereits ausgewertet würden. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar. Alle Versuche, ein Exemplar der Vorstudie zu erhalten, seien gescheitert.

Oberbürgermeister Menzel gab zu verstehen, dass aus verschiedenen Gründen die Ergebnisse der Vorstudie zur Kraft-Wärme-Kopplung bislang nicht abgestimmt werden konnten und Herr Radmer sicherlich verstehen werde, dass man diese Papiere daher noch nicht an die Öffentlichkeit geben könne. Sollte er Fragen haben, so müsse er die Verantwortlichen ansprechen.

Herr Sager nahm Bezug auf die Antwort auf der Frage 16 und bat um Auskunft, ob die dort angesprochenen Aktivitäten der Lenkungsgruppe nicht originär zum Aufgabengebiet des Stadtbaurats gehörten.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, dass er keinen Widerspruch darin sehe, da Herr Kottek Mitglied der Lenkungsgruppe sei, sei er auch an den Beratungen beteiligt. Die Ergebnisse der Lenkungsgruppe würden dann in der Politik beraten.

Kleine Anfragen

7.1 Kleine Anfrage Ratsherr Tholen "Barrierefreier Wohnraum"

Herr Tholen trug folgende Kleine Anfrage vor:

„Barrierefreier Wohnraum für die ältere Generation bzw. Menschen mit Behinderungen sind in Deutschland Mangelware – doch die Bauwirtschaft reagiert nur langsam auf den steigenden Bedarf, so die Süddeutsche Zeitung am 25. Oktober 2007 in dem Artikel „Schlusslicht in Europa“. In Deutschland sind nur ein Prozent der Wohnungen für das Wohnen im Alter tauglich. Zu dieser Feststellung kommt eine aktuelle Studie des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen in Berlin (BFW), die auf einer Befragung unter Branchenverbänden aus zwölf europäischen Staaten mit insgesamt etwa 30 000 Immobilien- und Wohnungsunternehmen basiert. Von 39 Millionen Wohnungen in Deutschland sind gerade 350 000 altersgerecht gebaut. Die Ergebnisse dieser Umfrage decken sich mit denen einer bundesweiten Befragung, die 2006 im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend in Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt wurde. Auch diese Studie kommt zu einer durchschnittlichen Versorgung von nur einem Prozent Altenwohnungen bzw. barrierefreien Wohnungen.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Wie viele Wohnungen wurden in Wilhelmshaven in den letzten 15 Jahren gebaut /umgebaut?
- 2.) Wie viele davon wurden barrierefrei nach der DIN 18024 und 18025 gebaut?
- 3.) Wie viele Wohnungen davon wurden in den letzten Jahren als „behindertenfreundlich“ eingestuft?
- 4.) Wie viele Wohnungen davon sind entsprechend der Normierung „altersgerecht und behindertengerecht“?
- 5.) Wie viele barrierefreie Wohnungen gibt es hier insgesamt?
- 6.) Wie viele barrierefreie Begegnungsstätten gibt es in Wilhelmshaven und wo?
- 7.) Hat die Stadt Wilhelmshaven ein Konzept, wie der steigende Bedarf an

barrierefreiem Wohnraum gedeckt werden kann, wenn ja, welches und in welchem Zeitraum wird dieses umgesetzt?

- 8.) Wie werden die Akteure vor Ort mit einbezogen, damit flächendeckend und zeitnah barrierefreier Wohnraum bedarfsdeckend entsteht?
- 9.) Wie wird das Thema Barrierefreiheit bei der Bauplanung, Projektierung, Entwicklung von öffentlichen Räumen umgesetzt?“

Herr Kottek beantwortete die Fragen wie folgt:

„Sachlich ist mein Zuständigkeitsbereich mit den Fragen 1 – 6 betroffen. Erhebungen über die Anzahl von Wohnungen, die barrierefrei eingebaut werden und ebenfalls barrierefreie Begegnungsstätten werden nicht durchgeführt. Inwieweit die Abteilung Statistik vom FB 61 eine Aussage über die Anzahl der in den letzten 15 Jahren gebauten Wohnungen machen kann, entzieht sich meiner Kenntnis.“

Seit der Änderung der Nds. Bauordnung im Dezember 2002 müssen in Gebäuden mit mehr als 4 Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei sein. Die Einhaltung dieser Vorschrift ist im Baugenehmigungsverfahren nicht zu prüfen, soweit das Wohngebäude kein Hochhaus ist. Der Architekt ist verantwortlich für die Einhaltung dieser Vorschrift. Darüber muss er mit dem Bauantrag eine entsprechende Erklärung abgeben.

Seit der Änderung der NBauO im Dezember 2002 sind folgende mehrgeschossige Wohngebäude genehmigt worden:

Belegenheit	WE	BG	Fertigstellung
Weserstr. 68	13	Sept.2005	Nov. 2006
Südstrand 12	14	Juni 2007	März 2008
Weserstr. 49	29	Sept.2008	
Weserstr. 62	13	Nov.2008	
Mozartstr./Kieler Str.	114 (15 Sen.Wo.)	Sept.2008	

Der Begriff „Begegnungsstätten“ ist baurechtlich nicht definiert, insoweit kann ich mich nicht äußern.“

7.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Dioxinproben bei Schafen"

Herr Janssen trug folgende Kleine Anfrage vor:

„Soweit mir bekannt ist, sind im Bereich Wilhelmshaven keine Proben bei Schafen auf Dioxine entnommen und untersucht worden wie im Bereich von Ems und Dollart. Warum nicht?

Begründung: Dioxine kommen zwar überall vor, treten aber im Bereich von Mülldeponien, Kohlekraftwerken und bei der PVC-Herstellung vermehrt auf.“

Herr Kottek beantwortete in Vertretung für Herrn Dr. Graul die Frage wie folgt:

„Die Aufgaben des Veterinärwesens und Verbraucherschutzes wurden mit Wirkung vom 01.01.2007 auf den Zweckverband „Veterinäramt JadeWeser“ übertragen. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Landkreise Friesland Wittmund und Wesermarsch sowie die Stadt Wilhelmshaven. Die Leitung des Zweckverbandes wurde Herrn Dr. Norbert Heising (ehemals Landkreis Wittmund) übertragen. Der Zweckverband führt seine Aufgaben eigenverantwortlich und ist

keinen Weisungen seiner Mitglieder unterworfen.

Nach Auskunft von Herrn Dr. Heising hat das NML mit Erlass vom 28.10.08 um Einsendung von Schafleberproben zum Screening auf Dioxine und dl-PCB gebeten. Der Zweckverband Veterinäramt JadeWeser hat mit den Probeentnahmen bei den Schafschlachtungen in gewerblichen Betrieben begonnen und entsprechende Proben eingesandt. Gewerbliche schafschlachtende Betriebe befinden sich im Landkreis Wittmund und im Landkreis Wesermarsch, daher wurden von dort Proben genommen.

Bereits am 24.11.2008 wurde der Zweckverband Veterinäramt JadeWeser per Erlass aufgefordert, keine weiteren Proben mehr einzusenden, da das Probensoll des Zweckverbandes zu dem Zeitpunkt bereits erfüllt war und das Lebensmittelinstitut Oldenburg keine weiteren Untersuchungskapazitäten frei hatte. Die genauen Probenergebnisse liegen nicht vor, den Verlautbarungen ist aber zu entnehmen, dass landesweit fast alle Schafleberproben oberhalb des Auslösewertes liegen. Die Untersuchungsergebnisse sollen in Form eines Gesamtberichts noch bekanntgegeben werden. Mit dem Abschluss der Untersuchungen ist nicht vor Ende Februar 2009 zu rechnen.

Im Übrigen hat der Zweckverband Untersuchungen an Fleisch, Fett, Lebern und Milch von Rindern, die Flächen im Aussendeichbereich des Jadebusens beweideten oder mit Gras aus dem Bereich gefüttert wurden, veranlasst. Die bisherigen Befunde machten keine Maßregelung aus Gründen des Verbraucherschutzes notwendig.“

7.3 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Sachstand Beraterfirmen"

Eine weitere Kleine Anfrage von **Herrn Janssen** lautete:

„Welche Beraterfirmen waren seit Beginn der Wahlperiode für die Stadt Wilhelmshaven und deren Gesellschaften tätig? Welche Kosten sind dabei jeweils angefallen? Mit welchen Beraterfirmen ist eine Zusammenarbeit in der Zukunft geplant?

Begründung:

Unternehmensberater wie McKinsey, Wirtschaftsführer wie Price/Waterhouse/Coopers und Wirtschaftskanzleien wie Freshfields/Bruckhouse/

Deringer mit ihren europäischen und auch deutschen Ablegern (wie z.B. Roland Berger) bilden eine global agierende Privatararmee von ca. einer Million hoch bezahlter Professioneller. (Quelle: „Die Berater: Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft“ von Werner Rügemer – Transcriptverlag). Solche Berater sollten wir in Wilhelmshaven meiden, denn ihr Ziel ist immer dasselbe: Privatisierung öffentlicher Bereiche durch das Versprechen, Gewinne zu machen mit immer weniger Personal.“

Herr Hoff antwortete wie folgt:

„Die Vergaben sind in nichtöffentlicher Sitzung oder als Geschäft der laufenden Verwaltung entschieden worden. Deshalb kann ich auch in öffentlicher Sitzung keine Namen nennen. Hierzu verweise ich auf die nichtöffentliche Sitzung des VA und der FWM.

Im Bereich Finanzwirtschaft gibt es einen

- Vertrag mit einem örtlichen Steuerberater im Rahmen der Haushaltsmittel
- Vertrag mit örtlichem Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Haushaltsmittel.
- Darüber hinaus hat der Rat Haushaltsmittel für ein überörtliches Wirtschafts-

prüfungsunternehmen zur Verfügung gestellt (Stichwort: Umstrukturierung)

In Bezug auf die städtischen Gesellschaften fällt die Anfrage nicht unter das Auskunftsrecht § 39 a NGO, da hier gesellschaftsinterne Angelegenheiten betroffen sind.

Die von Ihnen genannten Firmen sind bei uns nicht eingesetzt, mit Ausnahme der PWC, die vom Städtetag die Wibera GmbH erworben hat. Diese waren und sind als Jahresabschlussprüfer eingesetzt.“

7.4 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen "Moderne Finanzierungsmöglichkeiten - Derivate"

Herr Janssen trug eine dritte Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Im Januar 2007 hat der Rat der Stadt Richtlinien beschlossen, die der Verwaltung so genannte moderne Finanzierungsmöglichkeiten wie: swaps, doppel swaps, forward swaps, cap-floor und ähnlichen (sog. Derivaten) ermöglichen sollten.

Hat die Verwaltung in der Vergangenheit im Bereich der Kernverwaltung oder im Bereich der städtischen Gesellschaften solche Finanzierungen getätigt? Wenn ja in welcher Größenordnung? Hat es dabei Gewinne oder Verluste gegeben und zwar in welcher Größenordnung? Wenn nein, werden oben erwähnte Finanzierungsmöglichkeiten weiter erwogen oder welcher will man sich evtl. bedienen und welcher lieber nicht?

Ich bitte auch um Angabe von Gründen für diese Entscheidungen.“

Die Beantwortung erfolgte durch **Herrn Hoff**:

„Im Bereich der Kernverwaltung sowie meines Wissens auch bei den städtischen Gesellschaften hat es bisher keine derivativen Finanzierungsgeschäfte gegeben. Bei den städtischen Gesellschaften wurden in den vergangenen 2 Jahren ebenfalls keine Derivate abgeschlossen, sondern bei einzelnen Darlehen das Instrument des Forward-Darlehens genutzt, um sich die im langjährigen Vergleich günstigen Zinsen vorzeitig sichern zu können.

Aufgrund der herrschenden Finanzkrise mit weiterhin zu erwartenden sinkenden und historisch äußerst niedrigen Zinsen (im kurzfristigen wie im langfristigen Bereich) besteht nur wenig Veranlassung, jetzt in derivative Finanzierungsgeschäfte einzusteigen.

Der oberste Grundsatz eines aktiven Zins- und Schuldenmanagements ist und bleibt deshalb die Beachtung der Wirtschaftlichkeit zinssichernder Maßnahmen, also auch der Einsatz dieser Instrumente je nach Marktlage und -entwicklung.“

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

Es lagen keine Fragen vor.

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Fragen zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin

Dateiname: 9595.11425.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 2/2009
Thema: Sitzungsdatum 18.02.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Ratssaal, ,
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 11:39:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 11:39:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 11:39:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 38
Anzahl Wörter: 13.399 (ca.)
Anzahl Zeichen: 84.418 (ca.)